

Andreas Novy

Die gegenwärtige Krise

SRE-Discussion 2015/02

2015

Die gegenwärtige Krise

Andreas Novy

andreas.novy@wu.ac.at

Die Welt ist im Umbruch:

- (1) die Vormachtstellung von Westeuropa und den USA wankt;
- (2) die Weltwirtschaft erholt sich seit 2008 nur schleppend;
- (3) die Kluft zwischen arm und reich nimmt in vielen Staaten zu und
- (4) der Klimawandel wird immer öfter als Realität erlebt und nicht länger nur vorhergesagt.

Es handelt sich also um eine Krise mit verschiedenen Dimensionen. Die geopolitischen, die wirtschaftlichen, die sozialen und die ökologischen Krisen existieren nebeneinander und sind gleichzeitig verwoben. Wir befinden uns also in einer **Vielfachkrise**, einer multiplen Krise (Böll-Stiftung 2009). Dazu kommt als weiteres Merkmal der gegenwärtigen Krise, dass das **Alte stirbt, aber etwas Neues noch nicht entstanden** ist. Die Krisenerscheinungen sind vielfach Erosionsprozesse einer Jahrzehnte alten, manchmal Jahrhunderte alten Ordnung. Dies führt

- (1) zum Aufsteigen der Schwellenländer, insbesondere der BRICS¹-Staaten, ohne dass eine neue Weltordnung absehbar ist;
- (2) zu einer fortgesetzten Rezession mit steigender Arbeitslosigkeit und der Gefahr von Deflation in Europa, obwohl die EntscheidungsträgerInnen ständig eine bevorstehende Erholung versprechen;
- (3) zu einer zunehmenden Konzentration von Einkommen und insbesondere von Vermögen, die sich an die Verteilungsstrukturen des 19. Jahrhunderts annähert, ohne dass es in Europa und Nordamerika zu gewaltsamen Verteilungskonflikten kommt und
- (4) zu einer feststellbaren globalen Erwärmung, der Zunahme von Extremwittersituationen (z.B. Dürren wie in Syrien von 2006 bis 2010) und lokalen Klimaveränderungen (z.B. dem Schmelzen der Alpengletscher), ohne dass bestehende Lebensweisen im großen Stil geändert werden (müssen).

Im Folgenden möchte ich diese **vier Dimensionen der gegenwärtigen Krise als eigenständige, aber verwobene Aspekte eines gesellschaftlichen, ja sozioökologischen Umbruchprozesses** beschreiben, den ich in Anlehnung an Karl

¹ Brasilien, Russland, Indien, China (BRIC), bzw. Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (BRICS).

Polanyi² (1978) als „Große Transformation“ verstehe. Polanyi behandelt in seinem 1944 erschienenen Hauptwerk zwei Typen von Krisen parallel: Zum einen reflektiert er die Folgen einer langen Wirtschaftskrise und eines blutigen Krieges. Er sieht eine liberale Ära an ihr Ende gekommen, in der die **Illusion einer sich selbst regulierenden Marktwirtschaft** zu großen sozialen, politischen und militärischen Verwerfungen geführt hat (Polanyi 1978: 3). Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zur Schaffung einer eingebetteten Ökonomie – einer sozialen Marktwirtschaft bzw. eines Wohlfahrtskapitalismus. Wenige hätten sich 1944 erwartet, dass die Ideologie sich selbst regulierender Märkte mit dem Neoliberalismus am Ende des 20. Jahrhunderts reaktiviert würde.

Zum anderen beschreibt Polanyi (1978) den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft als einen langsamen Prozess der Herstellung einer Gesellschaft, in der es zu einer Entfesselung technologischen Fortschritts und von Wirtschaftswachstum kommt, die die feudalen Institutionen zerstörte und eine Marktgesellschaft schuf. In Anlehnung an Polanyi vermuten ForscherInnen heute, dass wir gegenwärtig vor einem ähnlich grundlegenden Transformationsprozess stehen; diesmal **weg von einer auf fossilen Energieträgern beruhenden industriellen Wirtschaftsweise hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft** (WBGU 2011). Doch wie ist es in einem auf Wachstumszwang und Kurzfristorientierung basierendem Wirtschaftssystem möglich, den Ressourcenverbrauch nicht weiter exponentiell wachsen zu lassen. Es ist zu vermuten, dass grundlegende Veränderungen neue Institutionen, Produktions- und Lebensweisen erfordern, in denen sorgsamer und vorsichtiger gewirtschaftet wird.

Krisen können also hinsichtlich ihrer **Zeitlichkeit** und **strukturellen Tiefe** unterschieden werden. Die ökologische und die geopolitische Krise verweisen auf sehr langfristige, Jahrhunderte übergreifende Dynamiken und betreffen das europäische, auf Expansion ausgerichtete Zivilisationsmodell in seiner Grundstruktur. Die soziale und ökonomische Krise wiederum ist durch die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Neoliberalisierung geprägt, die insbesondere die sozialen Spaltungen und räumlichen Polarisierungen vertieft hat. Die aktuell vorherrschende neoliberale Variante kapitalistischer Entwicklung hat daher besonders negative soziale und wirtschaftliche Auswirkungen.

² Karl Polanyi wurde 1886 in Wien geboren, übersiedelte aber bald nach Budapest, von wo er 1919 vor der autoritären Diktatur in Ungarn fliehen musste. Im „Roten Wien“ der 1920er Jahre lernte er die Ursprünge eines lokalen Wohlfahrtsstaats kennen, der die Arbeitenden erstmals systematisch vor Hunger und Elend schützte, 60.000 Wohnungen errichtete und auf diese Weise die Auswüchse des „freien“ Marktes eindämmte. Er wohnte nahe der jetzigen WU in der Vorgartenstraße und musste 1934 vor der austrofaschistischen Diktatur fliehen, zuerst nach England, dann in die USA (Duczynska Polanyi 2000).

1. Das Ende der Vorherrschaft des Westens

Wenn von geopolitischer Krise gesprochen wird, dann geht es um die **Verschiebung der weltweiten Raumhierarchien zulasten des Westens** – Nordamerikas und Europas – und den damit verbundenen Problemen. Dies äußert sich seit längerem in verschiedenen Krisenherden insbesondere in Afrika und Asien; in letzter Zeit vermehrt auch in der europäischen Nachbarschaft, im Mittelmeerraum und im Nahen Osten.

Die europäische Kultur ist nicht nur in Bezug auf Ausbeutung und Nutzung der Natur eine **expansive Zivilisation**, die sich lange erfolgreich gegen andere Weltregionen durchsetzen konnte. In den Kreuzzügen sollte das Heilige Land befreit werden, und seit dem 16. Jahrhundert bildete sich eine Weltordnung heraus, in deren Zentrum das christliche Abendland stand. Ein auf Handel aufbauendes kapitalistisches Weltsystem schuf eine globale Hierarchie von sich im Zeitablauf verschiebenden Zentren und Peripherien (Wallerstein 1983). Im Laufe der letzten 500 Jahre ist eine schrittweise Verschiebung des Zentrums der Weltwirtschaft zu beobachten. Ausgangspunkt der expansiven Geschichte des westlichen kapitalistischen Weltsystems war das Reich der Venezianer, welche über das Mittelmeer vom 13. bis zum 15. Jahrhundert große Handelswege kontrollierten. Es folgten zuerst Genua und dann die Niederlande im 17. Jahrhundert, die ebenfalls über große Häfen – allen voran Amsterdam – und eine mächtige Flotte verfügten. Noch ausgeprägter verband schließlich das Vereinigte Königreich seine Seemacht mit einem für damalige Verhältnisse großen Binnenmarkt. England wurde zur Wiege der Industrialisierung und im 19. Jahrhundert kontrollierte das britische Empire wesentliche Teile der Welt – durch wirtschaftliche und militärische Kraft (Braudel 1986). Die meisten Gebiete Asiens und Lateinamerikas wurden schrittweise zu europäischen Kolonien. Ende des 19. Jahrhunderts wurde in einem großen imperialistischen Wettlauf auch Afrika unter den europäischen Kolonialherren aufgeteilt. In Lateinamerika im 19. Jahrhundert, im Rest der Welt nach dem 2. Weltkrieg erlangten die allermeisten dieser Länder ihre politische Unabhängigkeit. Doch vielfach ging diese mit einer fortgesetzten wirtschaftlichen Abhängigkeit einher, die das räumliche Machtgefälle nicht in Frage stellte.

Doch der **Aufstieg der ehemaligen Kolonien war kein linearer, einheitlicher Prozess**. Schon 1949 entstand mit dem lateinamerikanischen Strukturalismus eine Theorie, die einen eigenständigen Weg der Modernisierung der Peripherie durch eine Politik der Industrialisierung und Stärkung des Binnenmarktes vorschlug. Gleich nach der großen Dekolonisierung in den 1960er Jahren bildete sich die Blockfreienbewegung als Zusammenschluss der Länder, die heute gemeinhin als „Globaler Süden“ bezeichnet werden. Sie forderten im Rahmen der UNO und auf politischem Weg eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Diese Versuche wurden in den 1980er Jahren Opfer der ersten Welle von neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen, die der Internationale Weltwährungsfonds (IWF) im „Globalen Süden“ durchsetzte. Deren

Zahlungsbilanzprobleme wurden von den internationalen Finanzinstitutionen – insbesondere Weltbank und IWF – genutzt, Privatisierungen, Liberalisierungen und Kürzungen im Sozialbereich durchzusetzen. Dies führte oftmals zu sozialen Verwerfungen und wirtschaftlicher Stagnation. In Lateinamerika wurden die 1980er Jahre die verlorene Dekade genannt. Im Unterschied dazu gelang es zuerst in den „Tigerstaaten“ Singapur, Taiwan, Südkorea und Malaysia, danach in China und seit 15 Jahren auch in vielen anderen Staaten Asiens, Lateinamerikas und Afrikas mit einem aktiven Staat, einem „Entwicklungsstaat“, nachholend Entwicklung umzusetzen. Sie wiederholen so mit unterschiedlichem Erfolg den erfolgreichen Entwicklungsweg einer staatlich geförderten kapitalistischen Modernisierung, der auch den USA und Deutschland im 19. Jahrhundert ermöglichte, das damals führende England als Industriemacht zu verdrängen (Chang 2002). Dieser erneute Aufstieg des Südens basiert heute auf wirtschaftlicher Stärke und scheint nachhaltiger als derjenige der 1960er und 1970er Jahre (Arrighi 2008). Gegenwärtig verändert sich also eine Jahrhunderte alte ungleiche Weltordnung, von der in erster Linie die Menschen im Globalen Norden profitierten. Insgesamt besaßen die europäischen Mächte 1913 rund ein Drittel des Kapitals von Asien und Afrika und mehr als drei Viertel von deren industriellem Kapital (Piketty 2014: 69)³.

Es brauchte Jahrzehnte der Schutzzollpolitik zum Aufbau einer eigenständigen Industrie und zwei Weltkriege, bis die USA (und nicht das in Europa dominante Deutschland) zur vorherrschenden Weltmacht wurde. Großbritannien hatte einen Großteil seiner Goldreserven im Krieg an die USA verkaufen müssen und das britische Pfund wurde durch den US-Dollar als Leitwährung abgelöst. Im Abkommen von Bretton Woods 1944 wurde eine neue Architektur der Weltwirtschaft basierend auf Freihandel und kontrollierten Finanzmärkten festgeschrieben. Es begann eine Phase der **US-Hegemonie**, einer Vorherrschaft, die sich auf militärische und wirtschaftliche Macht stützte, aber gleichzeitig auch kulturell attraktiv war. Der **US-American Way of Life der Massenkongsumgesellschaft** wurde im 20. Jahrhundert zum Vorbild der allermeisten Nationen. Rechtsstaatlichkeit, politische Demokratie und nationale Sozialstaatsstrukturen ergänzten diese liberale Wirtschaftsordnung.

War die Krise nach 1929 eine systemische Krise, die aber die Hegemonie des nordatlantischen Kapitalismus bewahrte, so erschüttert die gegenwärtige Krise nicht nur die politökonomische, sondern auch die jahrhundertelange kulturelle Dominanz des Westens, die zuerst auf dem Christentum und dann vermehrt auf den Ideen der Aufklärung basierte. Über 500 Jahre profitierte Europa von seiner Außenorientierung, sei dies in der Form von Missionierung, Kolonialisierung oder dem Ideal guten Regierens in

³ Unter <http://piketty.pse.ens.fr/en/capital21c> finden sich alle Graphiken und Tabellen aus „Capital in the Twenty-First Century“ (Piketty 2014). Unter <http://topincomes.g-mond.parisschoolofeconomics.eu/> gibt es die Möglichkeit, selbst Graphiken und Tabellen zu Ungleichheit zusammenzustellen.

der Form von *global governance*. Der „Westen“ sah sich als Vorbild des unterentwickelten „Rests“, wie dies der Kulturwissenschaftler Edward Said in seinem Buch „Orientalism“ beschrieben hat (Said 2003). Der Westen wurde tatsächlich oft als Vorbild wahrgenommen, was seine Institutionen und Technologien betraf. Mit dem „**Westen und der Rest**“ beschrieb Said aber auch treffend sowohl die real existierende Raumhierarchie als auch die imaginierte Trennung in entwickelte und unterentwickelte Gebiete und Menschen. In diesem Sinne wurde Entwicklungshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg als Unterstützung gesehen, unterentwickelte Gebiete zu den modernen Technologien, Wirtschaftsformen und Lebensweisen des Westens aufschließen zu lassen (Novy 2007). Diese modernistische, gelegentlich neokoloniale Sichtweise von „HelferInnen“ und „Hilfsbedürftigen“ wurde immer wieder heftig kritisiert, so auch von Said selber. Trotzdem galten die USA lange Zeit als Vorbild. Ihre Führungsrolle wurde vielfach als legitim und auch für kleinere Nationen als vorteilhaft angesehen. Dies auch deshalb, weil die USA insbesondere nach dem Krieg auch die Interessen anderer Nationen berücksichtigten: So unterstützten die USA mit dem Marshallplan Westeuropa und ermöglichten mit einem überhöhten Wechselkurs nach dem Krieg den Verliererstaaten Japan und Deutschland, aber auch Südkorea und Taiwan ein Exportwunder, das diesen einen rasanten Aufschwung ermöglichte. Mit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak 2003 erreichte die Macht der USA nach dem Ende der Sowjetunion kurz einen Höhepunkt, der gleichzeitig ein Wendepunkt war: Die legitime, wohlmeinende Führungsrolle der USA wurde vermehrt als willkürlich und einzig auf die Eigeninteressen der USA ausgerichtet wahrgenommen (Ferguson 2003; Arrighi 2005a; 2005b). Aus der US-Hegemonie basierend auf der Zustimmung auch der Unterworfenen wurde reine Dominanz, verstanden als Macht basierend einzig auf Stärke und Gewalt. Fraglich ist, ob China die USA im Laufe des 21. Jahrhunderts als Hegemon ablösen wird (Arrighi 2008).

Europa hatte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der Rolle des Juniorpartners der USA zufriedengegeben. Der Wohlstand kehrte nach dem Krieg mit der wirtschaftlichen Erholung zurück, auch wenn die ehemals bestimmende politische Vormachtstellung abgetreten wurde. Doch über die letzten drei Jahrzehnte hat die Deindustrialisierung und die Schwächung der Massenkaufkraft die Wettbewerbsfähigkeit Europas jedoch nachhaltig untergraben (UNDP 2013). Auch in Bezug auf soziale Entwicklung sind die Dynamiken in anderen Weltregionen heute positiver als in Europa. In Lateinamerika ist zum Beispiel im Unterschied zu den OECD-Staaten und den anderen BRICS die Einkommensungleichheit deutlich zurückgegangen (OECD 2011; Cornia 2012). Ein Teil der Armen fand Anschluss an die Konsummuster der Mittelschicht. In Brasilien z.B. waren es vor allem die NiedriglohnbezieherInnen, die von systematischen Erhöhungen des Mindestlohns und weitgehender Vollbeschäftigung profitierten. Als Folge reduzierte sich auch der Anteil des informellen Sektors (Pochmann 2012). In den BRICS-

Staaten wachsen die Binnenmärkte, während sie in Europa schrumpfen. Infrastrukturen werden ausgebaut, während in Europa öffentliche Investitionen reduziert werden. Dies trifft mittlerweile auch Schlüsselindustrien wie die Software- und Automobilindustrie, deren Produktion und Verkauf zunehmend verlagert werden. Betrug das Pro-Kopf-Einkommen von Afrika und Asien 1950 zusammen bloß 37 Prozent des Weltdurchschnitts, so stieg es 2012 auf 60 Prozent (Piketty 2014: 61). Wäre der europäische und US-amerikanische Kapitalismus heute weltweit ähnlich dominant wie in den 1930er Jahren, wäre eine tiefe globale Depression wahrscheinlich. Da aber der Globale Süden die jahrhundertalte Hierarchie von Zentrum und Peripherie gerade verändert (UNDP 2013: 13), hält die Rezession im Europa an, ohne in eine globale Krise zu kippen.

Es gilt, diese Machtverschiebung als Chance zu sehen. Eine weniger hierarchische Weltordnung wäre durchaus im Interesse Europas. Statt die abnehmende Bedeutung der europäischen Konzerne am Weltmarkt mittels Lohnsenkung, Senkung von Umweltstandards und Aufweichung von Klimazielen zu bekämpfen, ginge es darum, die Herausbildung einer wahrhaft multipolaren Welt nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern aktiv zu gestalten. Die wesentliche Voraussetzung wären faire Regeln für den Welthandel, die die Macht multinationaler Konzerne und des Finanzvermögens einschränken. Staaten müssen sich vor Sozial- und Umweltdumping genau so schützen können wie vor übergroßer Marktmacht, durch die regionale Ökonomien zerstört werden. Es geht daher in den kommenden Jahren darum, verstärkt auf die eigenen Potenziale, Reichtümer und Ressourcen zu setzen, statt weiter auf eine überholte expansive und außenorientierte Lebens- und Produktionsweise zu setzen. Im Sinne einer **ökonomischen Subsidiarität** und der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe bedeutet dies klare europaweite Regeln, die den Freihandel und vor allem den freien Kapitalverkehr einschränken.

2. Wirtschaftskrise: Konjunktur- und Strukturkrise

In den Jahren vor 2008 galten selbst kleine konjunkturelle Schwankungen als vernachlässigbar, da dem **Markt eine Tendenz zum Gleichgewicht** innewohne. Es wurde angenommen, dass rational agierende Akteure sicher stellen, dass jedwede Schwankung von Angebot und Nachfrage zu Preisveränderungen und damit neuen Gleichgewichten führt: Dem Sayschen Gesetz folgend findet Angebot Absatz – es müssen bloß die Preise ausreichend fallen. Das Bild vom Gleichgewicht war die mechanische Umsetzung der Adam Smithschen Metapher von der unsichtbaren Hand, die aus unkoordiniertem Individualverhalten gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt herstellt. Diesem harmonischen Ökonomieverständnis folgend kann es zwar kurzfristige Schwankungen geben. Doch solange es keine „falschen“ politischen Interventionen gibt, verhindern die sich ausbalancierenden Kräfte des Marktes anhaltende Ungleichgewichte. Falls es doch zu

Krisen kommt, dann aufgrund von falschen wirtschaftspolitischen Eingriffen. Diese Lehrbuchwelt ähnelt dem, was Polanyi (Polanyi 1978: 3) als liberale Utopie sich selbst regulierender Märkte bezeichnet hat.

In der Weltwirtschaftskrise nach 1929 ist **John Maynard Keynes** (1964) bekannt geworden mit der These, dass diese Gleichgewichtstendenzen – wenn überhaupt - nur sehr, sehr langsam wirken. Viel mehr gibt es sich selbst verstärkende Prozesse, die zu Ungleichgewichten führen. Wenn eine Person im Kino aufsteht, um besser zu sehen, sind alle dahinter Sitzenden gezwungen, das gleiche zu tun. Handlungen, Effekte häufen sich (kumulieren). Wenn eine Fabrik sperrt, werden Menschen arbeitslos, die dann weniger einkaufen, was dazu führt, dass auch im Supermarkt Personal entlassen wird. Auch das Herdenverhalten auf den Finanzmärkten, wenn ein Verkauf dazu führen kann, dass Panik ausbricht und plötzlich alle verkaufen wollen, ist ein Beispiel für sich verstärkende Prozesse.

Keynes und später postkeynesianische Theorien gehen daher von Tendenzen zu Ungleichgewichten aus. Gunnar Myrdal hat gezeigt, dass soziale und wirtschaftliche Prozesse keine Kreisläufe, sondern **spiralförmige (kumulativ-zirkuläre) Prozesse** sind, die nicht zum Ursprung zurückkehren, sondern sich oftmals in eine Richtung verstärken (Myrdal 2008). Statt automatischen Tendenzen zu Ausgleich und Gleichgewicht sind Krisen normale Phänomene wirtschaftlicher Aktivitäten. Keynes beschäftigte sich vorrangig mit kleinen Krisen, die als Konjunkturkrisen bezeichnet werden. Es sind dies Krisen innerhalb kapitalistischer Marktwirtschaften. Deren Überwindung führt zu einer neuen Wachstumsphase innerhalb der bestehenden Struktur basierend auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln und eines Zwangs zur Konkurrenz, der der wesentliche Wachstumsmotor der letzten 250 Jahre war.

Demgegenüber gilt das Interesse von **Karl Marx** den strukturellen Entwicklungen und damit auch den Krisen, die grundlegende Strukturen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verändern (Marx 1984). Dazu zählt der *Wachstumswang*, der Stillstand und Genügsamkeit mit dem Untergang bestraft: „mehr, schneller, höher“ ist das Leitmotiv; der *Konsumismus*, der Bedürfnisbefriedigung wesentlich über den Erwerb von Waren bzw. zahlungspflichtigen Leistungen definiert und schließlich eine extrem *ungleiche Verteilung* von Einkommen, Vermögen und Produktionsmitteln. Marx unterschied zwei Typen von Krisen: Zum einen Krisen aufgrund des „**tendenziellen Falls der Profitrate**“. Die Konzentration und Zentralisierung von Kapital führt zur Einsparung von Arbeitskraft und zu immer produktiveren, aber auch teureren Maschinen, die immer größere Umsätze erforderlich machen, um die Gewinne nicht zu schmälern (Sweezy 1959: 177-186). In den vergangenen 250 Jahren führten erhöhter Kapitaleinsatz und billig verfügbare fossile Energieträger zu einmalig starken Produktivitätssteigerungen und stabilisierten so das System. Sie machen aber fortgesetztes Wachstum notwendig.

Der zweite Krisentypus nennt sich Realisierungskrise: **Unterkonsumtion und Überakkumulation** sind hierbei zwei Seiten der selben Medaille. Die Kapazitäten, Konsumgüter herzustellen, wachsen schneller als die Kaufkraft und Nachfrage nach diesen Gütern (Sweezy 1959: 187-224). Die wesentliche Einsicht von Karl Marx, die seine fortgesetzte Aktualität ausmacht, ist, dass er Kapitalismus zum einen als Prozess ständiger Umwälzung verstand – Schumpeter nannte dies später treffend „schöpferische Zerstörung“ (Schumpeter 1947). Dieser nicht gesteuerte Prozess tendiert zum Überschießen, wie dies Keynes eingehend analysierte. Doch darüber hinaus liegt dem kapitalistischen Verwertungsprozess eine Hierarchie zugrunde, wonach die individuelle Profitabilität wirtschaftlicher Aktivitäten zum Motor der gesellschaftlichen Entwicklung wird. So wird gewinngetriebenes Wachstum zum Selbstzweck und damit tendenziell destruktiv: Gesteigerte Rüstungsausgaben sind dann ebenso rational wie Derivatehandel. Das mag moralisch verwerflich sein, muss es aber für die MarktteilnehmerInnen nicht sein. Diese können als Einzelne durchaus erfolgreich wirtschaftende Rüstungsproduzenten oder Hedge-Fonds-Manager sein. Unter systemischen Gesichtspunkten ist jedoch bedeutsam, dass diese Individualentscheidungen zu kollektiven Fehlentscheidungen führen können – zu Herdenverhalten (regelmäßig an den Finanzmärkten), zu Überinvestitionen (in die europäische Automobilindustrie) oder zu fehlender Kaufkraft (durch Sparpakete, Arbeitslosigkeit und Umverteilung nach oben). Kapitalismus ist krisenanfällig, braucht Krisen aber zu seiner Erneuerung. Krisen bieten manchmal sogar die Chance der Marktberreinigung. Sie können aber zu grundlegenden, systemischen Krisen auswachsen – die Angst davor war ein Hauptgrund für die Rettung der vielen, als systemrelevant eingestuften Banken nach 2008. Die Krisengefahr ist noch größer, wenn es wie zur Zeit nur geringe Produktivitätssteigerungen gibt (Piketty 2014: 228f). Fossile Energieträger trugen jahrhundertlang wesentlich zum exponentiellen Wachstum bei. Ob aber ein post-fossiler Kapitalismus zu ähnlichen Produktivitätssteigerungen fähig ist wie der fossile muss angezweifelt werden (Altvater 2005). Nicht nur angesichts der durch die Erschöpfung fossiler Energieträger anstehenden Veränderungen gilt: So wie moderne kapitalistische Gesellschaften vor 250 Jahren entstanden sind, so werden die bestehenden wirtschaftlichen Strukturen und Institutionen irgendwann durch neue ersetzt werden. Dieser Übergang wird sicherlich mit strukturellen Krisen, d.h. grundlegenden Veränderungen unserer Art zu leben und zu arbeiten einhergehen (Novy 2014). Die **Schlüsselfrage nachhaltigen Wirtschaftens** lautet deshalb, welche Institutionen eine Gesellschaft und Ökonomie brauchen, in denen Wachstum und Konsum nicht im Zentrum stehen (Polanyi 1977; Hodgson 1999; Harvey 2000)

Im Wohlfahrtskapitalismus des 20. Jahrhunderts, insbesondere in den drei goldenen Jahrzehnten 1945-75, war im nationalen Behälterraum in Westeuropa und Nordamerika die Kontrolle über Geld, Budget und Recht vereint, wodurch sich politischer und

wirtschaftlicher Raum stark überlappten (Becker 2002). In Westeuropa verdankte sich diese sozial, ökonomisch und politisch stabile Phase dem breit getragenen Willen, nie wieder Krieg und Faschismus zu wiederholen. In den USA fanden schon ab den 1930er Jahren ähnliche Prozesse statt: Ein mutiger Präsident – Franklin D. Roosevelt – , der Druck der Straße und die Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion ermöglichten den **New Deal** – eine Politik der Umverteilung, der Wirtschaftsplanung und der Banken- und Kapitalverkehrskontrollen. Vor allem letzteres stärkte die nationale Handlungsfähigkeit, weil dadurch Kapitalflucht erschwert wurde.

Nicht nur Karl Polanyi, auch **Friedrich August von Hayek**, Vordenker des Neoliberalismus, waren fast zur selben Zeit beeindruckt vom Roten Wien der Zwischenkriegszeit: Mit 60.000 Sozialwohnungen, Freibädern, Säuglingspaketen und einer Vielzahl weiterer innovativer sozialpolitischer Maßnahmen schuf die Wiener Stadtverwaltung ein lokales Netz sozialer Sicherheit. Für Polanyi war dies ein Beispiel der Einbettung ökonomischer Prozesse in die Gesellschaft und eine Unterordnung ökonomischer Entwicklung unter soziale Zielsetzungen. Für Hayek war die umfassende Planung gesellschaftlicher Entwicklung ein Schritt in Richtung Knechtschaft (Peck 2008: 9); für den einen eine Utopie eines guten Lebens für alle, für den anderen das Schreckgespenst einer verplanten und gleichmacherischen Gesellschaft. Für Friedrich August von Hayek droht der öffentliche Sektor und die gemischte Wirtschaftsordnung, die sich im 20. Jahrhundert herausbildete, den „Weg zur Knechtschaft“, zu einer bürokratisierten und verplanten Gesellschaft zu ebnen. Freiheit als Abwesenheit staatlichen Zwangs droht so verlorenzugehen (Hayek 1944). Demgegenüber sei es Aufgabe des Neoliberalismus, eine „Verfassung der Freiheit“ zu etablieren, die den Status Quo politischer und ökonomischer Macht stabilisiert: **Freiheit habe über Demokratie und Mehrheitsentscheidungen zu stehen**. Es geht um rechtsstaatlichen Schutz „against the tyranny of the state over the individual“ (Hayek 1978: 242). Als politisches Projekt ist der Neoliberalismus somit vor allem *gegen* etwas gerichtet: gegen ein demokratisches Gemeinwesen, in dem Menschen ihr Zusammenleben bestmöglich gestalten. Die Wohlfahrtsstaaten der Nachkriegszeit und ihr planerischer und demokratischer Gestaltungswille waren für Hayek bloß der erste Schritt hin zu einer paternalistischen, letztlich aber totalitären Gesellschaft. Nach dem Krieg etablierte sich aber genau diese – von Polanyi begrüßte und von Hayek befürchtete – Gesellschaftsordnung als ein von Keynes geprägter Wohlfahrtskapitalismus.

Der **Wohlfahrtskapitalismus** mit einem bürokratischen Sozialstaat und sozialen Rechten für alle BürgerInnen innerhalb des nationalstaatlichen Territoriums war ein einzigartiges Modell des Massenwohlstands. Durch die weitgehende Universalisierung von Gesundheit, Bildung und Altersvorsorge im 20. Jahrhundert in Nordwesteuropa und Nordamerika wurde Freiheit als Befähigung verstanden. Freiheit wurde somit nicht auf negative Freiheit, also einzig die Abwesenheit von Zwang reduziert, sondern zu einem

Recht, das „weit über die engen Grenzen des politischen Bereichs in die innere Struktur der Gesellschaft schlechthin“ reichte (Polanyi 1978: 339). Freiheit bedeutet die Möglichkeit selbstbestimmter Lebensgestaltung in einem Gemeinwesen. Im Sinne des sozialen Zusammenhalts geht es mit Adam Smith (2003) um die Befähigung aller Gesellschaftsmitglieder „to appear in public without shame“.

Was sind nun die Ursachen der **aktuellen Wirtschaftskrise**, mehr als 80 Jahre nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929? Seit den 1970er Jahren wurden immer mehr Regulierungen und Kontrollen der Finanzmärkte gelockert und die nach dem 2. Weltkrieg aufgebauten sozialen und wirtschaftlichen Sicherungssysteme, deren Ziel es war, eine Krise wie diejenige der 1930er Jahre zu verhindern, aufgeweicht (Polanyi Levitt 2000). Das europäische Integrationsprojekt spielte hierbei eine wichtige Rolle. Spätestens seit der Durchsetzung des Europäischen Binnenmarktes 1993 stehen **die vier Grundfreiheiten⁴ über demokratischen Entscheidungsstrukturen**. Mitgliedsstaaten dürfen auch mit Mehrheitsentscheidungen diese Grundfreiheiten nicht einschränken. Dieser Verfassungsgrundsatz, der ursprünglich für grundlegende Menschenrechte konzipiert wurde, umfasst im neoliberalen Verfassungsdenken die gesamte Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Europäische Union hat implizit diese von Hayek konzipierte „Constitution of Liberty“ (Hayek 1978) als eine „community of nations of free men“ (Hayek 1978: 242) institutionalisiert. Neoliberale Wirtschaftspolitik soll mit einfachen Mehrheiten nicht mehr veränderbar sein. Ganz im Sinne des aktuell mit den USA diskutierten Freihandelsabkommens TTIP bilden die unter einer Wirtschaftsverfassung verbundenen Staaten den besten Rahmen für die Entfaltung der Freiheit der Besitzenden⁵.

Im September 2008 stand die Welt kurz vor dem Abgrund, ein Crash mit unabsehbaren Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft schien möglich. Wie am Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 standen erneut entfesselte Finanzmärkte: 1929 war es der Börsenkrach im Oktober in New York, 2008 war es der Bankenkrach im September – erneut in New York. 2008 konnte ein Zusammenbruch fürs Erste verhindert werden – und zwar wesentlich deshalb, weil aus der Krise 1929 bestimmte Lehren gezogen wurden. So übernahm der Staat umgehend und kurzfristig erfolgreich die Funktion des Systemstabilisators: Der Staat verhinderte eine Bankenkrise, indem er die Haftung für die Schulden von Banken übernahm. Er dämpfte den Anstieg der Arbeitslosigkeit durch Kurzarbeitsprogramme, und antizyklische Stabilisatoren wie das Arbeitslosengeld und die Sozialhilfe verhinderten starke Kaufkräfteinbrüche. So wurde eine Depression verhindert,

⁴ Die vier Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes sind der freie Warenverkehr, die Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit und freier Kapital- und Zahlungsverkehr.

⁵ Tatsächlich ist – wie im folgenden Kapitel mit empirischen Daten unterlegt – die Umverteilung zu den Vermögenden ein zentrales Merkmal der europäischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte.

die in den 1930er Jahren durch Bankenzusammenbrüche (Creditanstalt-Konkurs 1931) verstärkt wurde. Doch dies hatte einen Preis: Manche Länder, wie Irland und Spanien hatten vor 2008 sehr geringe Staatsdefizite, dafür aber hohe private und Bankschulden. Die Folge der Bankenrettung waren steigende, in manchen Fällen explodierende Staatsdefizite (Klatzer/Schlager 2011: 70). Mit dem Anstieg der Staatsverschuldung verteuerte sich die Kreditaufnahme für den öffentlichen Sektor – aus der Bankenkrise wurde ein Staatsschuldenkrise. Die Staatsverschuldung stieg von durchschnittlich 60% des BIP vor der Krise auf 80% im Jahr 2010. Die Vorhersage für 2015 ist durchschnittlich 89.5% des BIP (EC 2014: 7).

In den Jahren 2009 bis 2012 kam es in Griechenland zu politischen und sozioökonomischen Verwerfungen, die stark dem ähnelten, was in Österreich zwischen 1929 und 1932 stattfand: soziale Desintegration bei zunehmend autoritärerem politischen Agieren. In beiden Phasen sank das Volkseinkommen um 22% und die Arbeitslosigkeit erfasste mehr als ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung. Während die Staatsverschuldung in Österreich gering blieb, war sie in Griechenland ein Hauptgrund der Abhängigkeit von externen Kreditgebern (vgl. Schwarz 2014).

Tabelle 1: Vergleich von Österreich (1929-1932) mit Griechenland (2009-2012)

	Österreich damals	Griechenland heute
Rezession	-22,5% (1929-1933)	-22,1% (2009-2013)
Arbeitslosigkeit	25,9% (1933)	28% (November 2013)
Arbeitslose ohne staatliche Unterstützung	50% (1936/37)	84,1% (Dezember 2013)
Staatsschulden	43,5% (1935)	177,3% (Prognose 2013)

Quelle: (Schwarz 2014: 2)

Liberalisierte Finanzmärkte und die europaweite Austeritätspolitik führten zur Konzentration von Einkommen und Vermögen und damit zu fehlender Massenkaukraft (Schulmeister 2014). Diese neoliberale Wirtschaftspolitik hat insbesondere an der europäischen Peripherie zu **Schrumpfen by desaster statt by design** geführt, zu Exklusion und fortgesetzter Krise. Durch die Wiederkehr des gefährlichen Glaubens an selbststeuernde Märkte werden in Europa soziale und demokratische Errungenschaften auf das Spiel gesetzt, die aus den Erfahrungen mit Weltkriegen und Wirtschaftskrisen im 20. Jahrhundert entstanden (Judt 2010: 221). Es werden Fehler wiederholt, die zu anderen Zeiten (Zwischenkriegszeit) und anderen Orten schwerwiegende Konsequenzen hatten. Der Wirtschaftsliberalismus scheiterte nämlich erneut in den 1980er und 1990er Jahren in Lateinamerika. Die Strukturanpassungsprogramme des IWF verstärkten die Wirtschaftsprobleme. Um die Abwertung der nationalen Währung zu verhindern und damit Vermögen zu sichern, wurde die Wirtschaftsdynamik bewusst gebremst. Hohe

Zinsen, die Senkung der Importe und die Reduktion von Löhnen und Staatsausgaben verstärkten negative Kreisläufe. Die damit verbundene Kaufkraftdrosselung senkte die Steuereinnahmen – und so führt damals wie heute neoliberale Austeritätspolitik in der Regel zu steigenden Budgetdefiziten. Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, Verlust von Marktanteilen und Rezession mit all dem damit verbundenen menschlichen Leid waren und sind die Folge (Novy 2013a).

Neoliberale Politik sichert Vermögensbestände, statt Investitionen zu fördern. Damit ist sie anderen Formen von Kapitalismus, insbesondere von Staatskapitalismus wie gegenwärtig in China unterlegen. Kapital kann nicht als Schatz gehortet werden, sondern muss mehr werden, verwertet werden. Ohne Rahmenbedingungen tendiert es aber dazu, seine eigenen systemrelevanten Grundlagen zu untergraben und autodestruktiv zu werden: Es wird kurzfristig mit Bestehendem spekuliert, statt langfristig investiert: darunter leiden Infrastrukturinvestitionen, die sich nur langfristig rechnen. Es wird das Angebot durch Lohnkürzungen verbilligt, ohne zu sehen, dass die Kaufkraftdrosselung zu Absatzproblemen führt. Es fehlt eine integrierte Sichtweise von Produktion und Verteilung, was auch die soziale und territoriale Kohäsion untergräbt. Die Vertiefung des europäischen Binnenmarktes hat vor allem die Wirtschaftskraft der Zentren, allen voran Deutschlands, aber auch Österreichs gestärkt. Das „Exportwunder“ der einen entsprach vor 2008 weitgehend dem „Importtausch“ der anderen. Die Ungleichgewichte zwischen Zentrum und Peripherie in Europa und die Volatilität der Finanzmärkte allgemein verschärften sich. Mit sinkender Kaufkraft am Binnenmarkt, fallender Rentabilität langfristiger Investitionen und abnehmender internationaler Wettbewerbsfähigkeit untergrub der Neoliberalismus systemrelevante Grundlagen der Akkumulation. Hierin unterscheidet er sich nicht vom „entfesselten“ liberalen Kapitalismus vor 1929. Um **Negativspiralen**, so genannte Teufelskreise wie zur Zeit in Südeuropa, zu begegnen, müsste gegengesteuert werden. Hier käme dem Staat eine wichtige Rolle zu; ebenso einer anti-zyklischen Nachfragepolitik (öffentliche Investitionen in der Krise, Sparen im Aufschwung; Förderung von Investitionen und Konsum statt Sparen). In letzter Zeit und verstärkt durch die Russlandkrise und das schwächere Wachstum der Schwellenländer ist zu beobachten, dass der Kaufkraftrückgang an der Peripherie Auswirkungen auf die Exportwirtschaft des Zentrums hat. So ist es möglich, dass die ungleiche Entwicklung im gesamten europäischen Produktivsystem, das heißt inklusive der exportorientierten Zentrumsökonomien, zu destruktiven Dynamiken führt. Dann wären auch Deutschland und Österreich von negativen kumulativ-zirkulären Prozessen bedroht. Die Deflation im Dezember 2014 ist ein Indiz in diese Richtung.

3. Der soziale Zusammenhalt bröckelt in Europa

Es ist nicht einfach, global und verallgemeinernd von sozialen Krisen zu reden. Zum einen ist für viele Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika Armut und Hunger ein

Dauerzustand. Der beeindruckende Fortschritt der letzten Jahrhunderte für manche und an bestimmten Orten ging immer mit massivem Elend einher: viele indigene Völker wurden ausgerottet, Naturräume zerstört (Cowen/Shenton 1996). Ohne Zweifel haben sich die Lebensbedingungen der rund sieben Milliarden Menschen, die gegenwärtig unseren Planeten bewohnen, in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich verbessert. Zwischen 1990 und 2012 haben nur zwei Länder – Lesotho und Zimbabwe – ihren **Index menschlicher Entwicklung (HDI – Human Development Index⁶)** nicht verbessern können (UNDP 2013: 12). Die Menschen leben länger, besuchen länger die Schule und verfügen über mehr Einkommen. Doch trotz aller Fortschritte sind immer noch mehr als 2,2 Mrd. Menschen an oder unter der Armutsgrenze. Fast 80 Prozent der Weltbevölkerung hat kein umfassendes soziales Sicherheitsnetz; und zwischen 2000 und 2012 litten pro Jahr mehr als 200 Millionen unter Naturkatastrophen, vor allem Flut und Dürre (UNDP 2014: 3). Noch immer hungern zumindest 805 Millionen Menschen weltweit (FAO 2014: 4). Das ist ein Skandal und zeigt die Schwäche oder den Unwillen von EntscheidungsträgerInnen von der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bis zu den nationalen Sozial- und WirtschaftspolitikerInnen, allgemeingültige zivilisatorische Mindeststandards zu gewährleisten. Doch gleichzeitig sinkt der Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung – von 18,7% (1990–92) auf 11,3% (2012–14) (FAO 2014: 4). Damit ist das **MDG (Millenium Development Goal)⁷**, das globale Entwicklungsziel, den Anteil der Hungernden bis 2015 zu halbieren, in Reichweite. Doch die Fortschritte sind ungleich: Während in Asien und Lateinamerika die Zahl der Hungernden sinkt und in

⁶ Der Index menschlicher Entwicklung (Human Development-Index -HDI) versucht, Entwicklung als ganzheitliches Phänomen zu erfassen und das Pro-Kopf-Einkommen als Maßzahl menschlicher Entwicklung zu ersetzen. Der HDI misst drei Dimensionen menschlicher Entwicklung: Lebenserwartung, Einkommen und Bildungsniveau. Die genauen Indikatoren sind (1) die Lebenserwartung der 20- bis 85-Jährigen, (2) die durchschnittlichen Jahre des Schulbesuchs für 25-Jährige und die erwarteten Schulbesuchsjahre für SchülerInnen am Beginn der Einschulung und (3) das Brutto-Volkseinkommen pro Kopf. Mehr unter <http://hdr.undp.org/en/data> (Zugriff 11/1/2015).

⁷ MDGs sind von der UN-Staatengemeinschaft im Jahr 2000 vereinbarte Entwicklungsziele zur Reduktion von Armut in der Welt. Die acht Ziele, die bis 2015 erreicht werden sollen, betreffen (1) Ausrottung der extremen Armut und von Hunger, (2) universeller Grundschulzugang, (3) Gendergleichheit und Ermächtigung von Frauen, (4) Reduktion der Kindersterblichkeit, (5) verbesserte Gesundheit der Mütter, (6) Bekämpfung von HIV, Malaria und anderen Krankheiten, (7) Sicherstellung der ökologischen Nachhaltigkeit und (8) eine globale Entwicklungspartnerschaft. Zu jedem Politikfeld gibt es eine konkrete Zielsetzung, wie z.B. die Halbierung des Anteils der Hungernden bis 2015. 2015 sollen die MDGs durch sustainable development goals (SDGs) ersetzt werden. Diese sollen nicht nur für die Länder des Globalen Südens gelten und umfassendere Entwicklungsziele hin zu Nachhaltigkeit festlegen. Mehr unter <http://www.un.org/millenniumgoals/> (Zugriff 11/1/2015).

Lateinamerika der Anteil der Unterernährten sogar von 14,4% auf 5,1% zurückging, stiegen in Afrika und Ozeanien die Zahl der Unterernährten (FAO 2014: 10f).

Die auf die Bankenkrise 2008 folgende **Austeritätspolitik** wurde insbesondere in Griechenland wesentlich auf die Sozialpolitik abgewälzt: Ausgaben für Medikamente wurden auf Wunsch der „Troika“ (Kooperation von Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission) von €4,37 Mrd. (2010) auf €2,88 Mrd. (2012) reduziert; für 2014 war eine weitere Senkung auf €2 Mrd. geplant. Dementsprechend sind die sozialen Kosten dieser Form der Krisenbewältigung hoch: Die Kindersterblichkeit stieg von 2008-2010 um 43%, die Zahl der Totgeburten stieg 2008-2011 um 21%; Selbstmorde stiegen um 45% (2007-2011); die Zahl der neuen HIV-Infektionen unter Drogenabhängigen stieg nach der Einstellung öffentlicher Programme von 15 (2009) auf 484 (2012) (Kentikelenis et al. 2014: 748-751). Verschärfend kommt hinzu, dass all die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Auswirkungen von Sparpolitiken von den EntscheidungsträgerInnen in der Troika und Griechenland bis vor kurzem verleugnet wurden (Kentikelenis et al. 2014: 751). Die Zahl der von Armut Betroffenen ist in der EU von 2010 bis 2012 um 6,6 Mio. gestiegen. 2012 waren innerhalb der EU 124,2 Mio. armutsgefährdet; die Beschäftigungsrate fiel von 68.9% (2009) auf 68.4% (2012). Dazu kommt noch die steigende Zahl von „working poor“, die von 8.6% auf 9.1% der Haushalte gestiegen ist (EAPN 2014: 5; EC 2014). Die Arbeitslosigkeit stieg von 7.1% (2008) auf 10.9% (2013) (EC 2014: 8).

Die SozialepidemiologInnen **Richard Wilkinson und Kate Pickett (2010)** sind der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen soziale Ungleichheiten auf moderne Gesellschaften haben. Sie haben, fokussiert auf die reichen OECD-Staaten, umfangreiches statistisches Material zu Wirtschaftsentwicklung und Lebensqualität verglichen⁸. Dabei kommen sie zur Überzeugung, dass **Gleichheit in vielfältiger Weise die Lebensqualität erhöht**. Wenig überraschend mag der Befund sein, dass es Armen in gleicheren Gesellschaften besser geht als in ungleichen. Viele Statistiken – von Drogenkonsum über Lebenserwartung bis zu Teenagerschwangerschaften und Zahl von Inhaftierten – zeigen diesen Zusammenhang. Auf den ersten Blick verwunderlich ist jedoch, dass es auch den Reichen in egalitäreren Gesellschaften besser geht als den Reichen in ungleicheren Gesellschaften. Unklar ist, warum dies der Fall ist. Eine der Erklärungen von Wilkinson und Pickett (2010: 189) ist *Statuskonkurrenz*, die in ungleichen Gesellschaften besonders groß ist, da mehr zu gewinnen bzw. zu verlieren ist. Der Druck, die eigene Position zu verteidigen oder zu verbessern führt gerade bei den Bessergestellten zu erhöhtem Stress und damit unter anderem zu erhöhter Kindersterblichkeit. Ungleichheit wirkt sich also – wie Luftverschmutzung – auf alle negativ aus (Wilkinson/Pickett 2010: 179).

⁸ Unter www.equalitytrust.org finden sich detaillierte Daten und Graphiken.

Die sich im 21. Jahrhundert herausbildenden Strukturen der **Einkommens- und Vermögensverteilung** ähneln derjenigen des 19. Jahrhunderts. Dies ist in den USA besonders ausgeprägt, denn dort erhielten die obersten 10% der EinkommensbezieherInnen 1928 und erneut 2008 die Hälfte des Volkseinkommens; das oberste Prozent streifte 24% des Gesamteinkommens ein (Piketty 2014: 299f). Das liegt wesentlich an den Supergehältern, die Topmanager gegenwärtig erhalten. Nach 1929, insbesondere nach dem 2. Weltkrieg, fiel dieser Anteil in den USA. In Europa kam es ebenfalls zu einem deutlichen Rückgang seit dem 2. Weltkrieg. In Frankreich zum Beispiel sank der Anteil der 10% der Bestverdienenden von 45-50% vor dem Krieg auf heute 30-35% (Piketty 2014: 272). In der EU verdienen die Top 20% heute im Durchschnitt das 5.1-fache der untersten 20% (2012). Aber auch hier gibt es innerhalb der EU große Unterschiede: während es in Slowenien nur das 3,4-fache und in Tschechien nur das 3,5-fache ist, so sind es in den von der Troika kontrollierten Staaten wie Griechenland das 6-fache und in Spanien das 7.2-fache (EC 2014: 9).

Beim **Vermögen** ist die Entwicklung noch dramatischer. Am „alten“ Kontinent Europa mit seinem feudalen Erbe war die Vermögenskonzentration bis zum 1. Weltkrieg dramatisch. So besaßen 10% der Bevölkerung rund 90% der Vermögen, allen voran Land und Finanztitel; in den USA hingegen „nur“ 70%. Diese Werte sanken bis zu den 1970er Jahren. Danach stiegen sie erneut (Piketty 2014: 349). Die vergangenen Jahrzehnte können als erfolgreiches Projekt einer Umverteilung nach oben verstanden werden. Für David Harvey (2005) ist Neoliberalismus weniger ein wirtschaftspolitisches Programm für Deregulierung und Privatisierung, sondern „Klassenkampf von oben“, Umverteilung zu den Besitzenden.

Das führt in den reichen Staaten zu einer **Rückkehr einer hierarchisch stratifizierten (geschichteten) Gesellschaft**, in der Lebenschancen wesentlich über Vermögen definiert werden. Bei der aktuellen Vermögensstruktur gibt es Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum 19. Jahrhundert: Vermögen besteht aus Finanztiteln (Aktien und Staatsschuldscheine) und Land, wobei früher landwirtschaftliche Flächen und heute Immobilienbesitz bestimmend sind (Piketty 2014: 116f). Weiters ist Vermögen heute unglaublich konzentriert, wobei die Vermögen der Reichsten besonders stark steigen (Piketty 2014: 433ff). Aus diesem Grund werden Erbschaften wichtiger: Wurde vor dem 1. Weltkrieg in Frankreich jährlich eine Summe in der Höhe eines Viertels der Wirtschaftsleistung vererbt, so sank diese Zahl nach dem Krieg auf 5%, um 2010 wieder auf rund 15% anzusteigen, womit sich der Anteil des vererbten am Gesamtvermögen tendenziell erneut den vor dem 1. Weltkrieg üblichen 90% annähert (Piketty 2014: 380-402). Doch nicht annähernd alle erben. Erbschaften sind, wie auch das Vermögen, sehr ungleich verteilt. Nur 12-14 Prozent der Bevölkerung erhalten eine Erbschaft von mindestens einem halben Jahreseinkommen der ärmeren Bevölkerungshälfte (Piketty 2014: 421). All dies gefährdet den sozialen Zusammenhalt innerhalb der europäischen

Gesellschaften, wobei die soziale Polarisierung oftmals ethnisiert wird – wie früher als „Ausländerproblem“ und gegenwärtig in der „Islamdebatte“.

4. Ökologische Krise: Das Ende der expansiven Moderne

Die moderne kapitalistische Marktwirtschaft war in Bezug auf Leistungsfähigkeit und Produktivität ein großer Erfolg (Piketty 2014: 100). Stagnierte das Pro-Kopf-Einkommen von der Antike bis 1700, so kam es danach zu einer **großen Beschleunigung basierend auf exponentiellem Wachstum** insbesondere der Wirtschaftleistung, aber auch der Bevölkerung und des Ressourcenverbrauchs (Winiwarter/Bork 2014).

Tabelle 2: Weltweites Wachstum seit der Industriellen Revolution (durchschnittliche jährliche Wachstumsrate)

Jahr	Weltproduktion (%)	Weltbevölkerung (%)	Pro-Kopf Output (%)
0-1700	0.1	0.1	0.0
1700-2012	1.6	0.8	0.8
- 1700-1820	0.5	0.4	0.1
- 1820 – 1913	1.5	0.6	0.9
- 1913 - 2012	3.0	1.4	1.6

Quelle: (Piketty 2014: 73)

Kapitalismus basiert auf sozialer Beschleunigung (Rosa 2009), aber auch fortgesetzter Expansion. Harald Welzer beschreibt unser nicht-nachhaltiges Zivilisationsmodell als „**expansive Moderne**“ (Welzer 2013: 58). Auch die Krisenanalyse des Wissenschaftlichen Beirats für Gesundheit und Umwelt der deutschen Bundesregierung (WBGU 2011) zu „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ betont die Energieabhängigkeit unserer Produktions- und Lebensweise und postuliert die Notwendigkeit eines Übergangs von unserer fossilistisch-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, die auf Öl und Automobil aufbaut, zu einer postfossilen Gesellschaft: Vom Verkehr bis zur Zersiedlung, von der industriellen Landwirtschaft bis zu den führenden Konzernen, die weiterhin aus Öl- und Automobilwirtschaft kommen – beim Produzieren und Konsumieren ist unser Wohlstand vom Öl abhängig. Die Erschöpfung der Erdölvorkommen, Preisanstiege aufgrund steigender Nachfrage der Schwellenländer – all dies wird die oben beschriebenen Krisendimensionen verschärfen. Heute erfordere eine Transformation zur Nachhaltigkeit **umfassende Veränderungen unseres Energiesystems, unserer Städte und Landnutzung.**

Nur zu oft schöpfte kapitalistische Entwicklung ihre Dynamik aus jener mephistotelischen Macht, die stets das Böse will und doch auch Gutes schafft. Auch wenn es zynisch klingt,

ist die Systemlogik eindeutig: Solange der Kapitalkreislauf nicht stockt, sind Hunger und Klimawandel kein Sand im Getriebe einer Klassengesellschaft, die allfälligen Mangel „löst“, indem die Zahl der Exkludierten steigt. Das ist auch die Fehleinschätzung von UmweltökonomInnen des Nordens, die die zugrunde liegenden Machtverhältnisse im gegenwärtigen Ressourcenverbrauch ausblenden: Unser Lebensstil ist noch einige Zeit aufrechterhaltbar, solange ausreichend andere exkludiert werden können. Gerade die Öl- und Automobilindustrie verteidigt ihre Vorherrschaft erfolgreich. So geht der Abschied vom fossilen Entwicklungsweg nur stockend voran. Die Ölpreise sinken durch immer riskantere Explorationsmethoden dramatisch, und das deutsche „Exportwunder“ basiert noch immer wesentlich auf Autos und LKW. So konnte VW 2014 erstmals über zehn Millionen Autos verkaufen (reuters/semper 2015).

Im Kapitalismus ging ein einzigartiger Schub an individualisiertem Freiheitsgewinn einher mit einer bis dahin unbekanntenen Ausbeutung von Natur und Mensch. Die Früchte unseres Fortschritts basieren also auf einem nicht erneuerbaren Energiesystem und kommen wiederum nur einer Minderheit zugute. Ulrich Brand spricht in diesem Sinne von einer in Europa und den USA vorherrschenden **„imperialen Lebensweise“**, einem nicht-nachhaltigen Lebensstil, der mit einer imperialen Produktionsweise einhergeht (Brand 2012): Import billiger Rohstoffe aus anderen Erdteilen für Autos und dauerhafte Konsumgüter für die Privilegierten. Die europäische Arbeiterschaft profitierte als Teil dieser Minderheit lange von diesem expansiven Wirtschaftssystem durch Kolonialismus, Imperialismus und Freihandel. Mit der großen neoliberalen Umverteilung zu den obersten Einkommensschichten änderte sich dies. Zur Zeit gewinnen sowohl die aufstrebenden Schwellenländer als auch transnational agierende Konzerne an Macht. Dies untergräbt die materielle Basis der europäischen Wohlstandsinseln und gefährdet die Lebensform der Mittelschicht. Damit könnte sich die ökologische Problematik der „imperialen Lebensweise“ in Europa auf perverse Art lösen, wie die Klimazielerfolge an Europas Peripherie als Folge der Sparpakete zeigen. Der ressourcenintensive Lebensstil wäre dann für immer weniger Menschen in Europa leistbar.

Gleichzeitig scheint innerhalb dieser konsumzentrierten Lebensweise mehr Gleichheit als unrealistisch, unter ökologischen Gesichtspunkten sogar als Bedrohung für die Bessergestellten, die um ihre Vorrangstellung fürchten müssen. Die Verallgemeinerung des *American Way of Life*, d.h. eine ressourcenintensive Form des Lebensstandards, würde zwar zur Anhebung individuellen Nutzens (und Lebensstandards) führen. Die externen Kosten dieser Verallgemeinerung wären aber eine Zuspitzung der ökologischen Grenzen des Wirtschaftsmodells (rasante Erderwärmung, verstärkte Konkurrenz um Ressourcen, ...), die sich kurzfristig (Preissteigerungen bei Rohstoffen) und mittelfristig (erhöhte Anpassungskosten an den Klimawandel) negativ auf die Lebensqualität auswirken. Derartige Knappheitsszenarien, die nicht politisch gestaltet werden, erhöhen

– wie sich in den vergangenen Jahren zeigt – die Konkurrenz bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen.

5. Die Krise Europas und die Hoffnung auf eine Transformation

Die bisherigen Ausführungen lassen einige Schlüsse zu, die ich im Folgenden in fünf Punkten zusammenfasse:

Erstens sind die **multiplen Krisen verwoben und müssen integriert analysiert werden**. Phänomene wie der Aufstieg Chinas, der Klimawandel oder die Konzentration von Vermögen haben Auswirkungen auf verschiedene Politikfelder und berühren die Arbeits- und Lebenswelt der Menschen vielfältig. Vereinfachte, auf eine Dimension bezogene Lösungsansätze müssen in größere Zusammenhänge eingebettet werden, um möglichst wenig unerwünschte Nebenwirkungen zu haben. Ansonsten drohen positive Entwicklungen durch den **Rebound Effekt** zunichte gemacht zu werden. So können Energieeffizienzsteigerungen zu erhöhtem Verbrauch führen oder ökologische Investitionen die Wachstumsdynamik vorantreiben. Nur wer Komplexität wahrnimmt, sieht, dass *Single-Issue*-Initiativen zu kurz greifen und es eine holistische und systemische Herangehensweise braucht.

Zweitens ist anzunehmen, dass die jetzt dominanten Industriebranchen der Öl-, Auto- und Luftfahrtindustrie nicht freiwillig ihre Vormacht aufgeben werden: Es geht also um eine „**Veränderung der bestehenden Machtbalancen**“ (Sommer 2013: 221). Daher braucht es pluralistische Allianzen der Gegenmacht für ein anderes Zivilisationsmodell. Diese müssen Alternativen vorleben und mit Neuem experimentieren, aber gleichzeitig auch Institutionen, Regeln und Rahmenbedingungen so ändern, dass das Neue selbstverständlich werden kann. Dazu braucht es auch Infrastrukturen, die es erlauben, weniger zu konsumieren: gut ausgebaute öffentliche Verkehrsnetze zum Beispiel oder lebenswertere Städte, die nicht zur „Flucht aus der Stadt“ verleiten.

Drittens braucht es ein **politökonomisches**, von Polanyi und Marx inspiriertes **Verständnis kapitalistischer Marktgesellschaften**, um der Komplexität der Vielfachkrise gerecht zu werden. Krise ist ein Element moderner kapitalistischer Gesellschaften, ja sogar eine Triebkraft, wenn wir **schöpferische Zerstörung** als einen gleichzeitigen Prozess von Destruktion und Innovation verstehen (Schumpeter 1947). Die Marxsche Interpretation sozioökonomischer Veränderungen basiert auf einem Stufenmodell von stets komplexer werdenden Produktivkräften, die die Art, wie produziert wird, immer wieder revolutionieren. Die bisher letzte dieser Revolutionen war die industrielle, in der die Feudalgesellschaft von der kapitalistischen Marktgesellschaft abgelöst wurde. Heute befindet sich Europa erneut in einer Krise, wobei diese keine kleine ist, die an ihrem Ende zum Zustand vor der Krise zurückführt. Es handelt sich vielmehr um eine strukturelle, eine große Krise. Der gegenwärtige Umbruch wird zu umfassenden Veränderungen unserer Art zu denken, zu arbeiten und zu entscheiden

führen. Dies wird Transformation genannt, weil es um Formveränderungen, um systemische Veränderungen jenseits des Kapitalismus geht (Brand 2012; Brie 2014; Novy 2014).

Viertens: Wie von Karl Polanyi schon für die erste liberale Globalisierung vor 1914 gezeigt, ist auch heute der **Wirtschaftsliberalismus für kapitalistische Entwicklung dysfunktional und führt sowohl zu reaktionären als auch progressiven Gegenbewegungen**, die den Menschen Schutz vor bedrohlichen Veränderungen anbieten. Polanyi verbindet auf originelle Weise konservative und radikale Überlegungen und sieht sozialen Fortschritt einerseits und Bewahrung von sozialen Institutionen und Ökosystemen andererseits nicht als Gegensätze. Anders als der WBGU (2011: 94) sieht Polanyi (1978: 59) die Große Transformation von der Agrar- zur Industriegesellschaft nicht als reine Fortschrittsgeschichte: Die Verbesserung der Produktionsmittel ging im 18. Jahrhundert in Westeuropa mit der katastrophalen Erschütterung der Lebensbedingungen des einfachen Volkes einher – die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Das 19. Jahrhundert führte zur ersten liberalen Globalisierung und einem „hundertjährigen Frieden“, der vom Wiener Kongress bis 1914 dauerte (Polanyi 1978: 19-41). Gleichzeitig identifizierte Polanyi (1978: 329) schon damals eine **Doppelbewegung**, die in der Verbreiterung der liberalen Utopie des Laissez-faire einerseits und den vielfältigen Bewegungen der Gesellschaft zum Selbstschutz andererseits bestand. Boden, Geld und Arbeit wurden zu künstlichen, „fiktiven“ Waren. Damit weitete sich die Marktlogik auf neue gesellschaftliche Bereiche aus. Gleichzeitig hemmten territorial organisierte Sicherungssysteme wie bäuerliche und gewerkschaftliche Genossenschaftsbewegungen, die Bismarckschen Sozialgesetze und die Schutzzollpolitik der imperialen Mächte die Entfesselung der Ökonomie. Polanyi interpretiert die Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als ein fulminantes, er vermutete sogar endgültiges Scheitern der liberalen Utopie selbstregulierender Märkte. In den 1930er Jahren resümierte der wiedergewählte US-Präsident Roosevelt vermeintlich definitiv über den Wirtschaftsliberalismus: „We have always known that heedless self-interest was bad morals; we know now that it is bad economics. Out of the collapse of a prosperity whose builders boasted their practicality has come the conviction that in the long run economic morality pays“ (Roosevelt 1937). Einiges wurde aus der Krise der 1930er Jahre gelernt, doch gleichzeitig ist das, was Roosevelt „bad economics“ nannte, erneut die vorherrschende ökonomische Denkschule.

Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs machten dieses Scheitern und nicht zuletzt die Gefahr des Kommunismus in Teilen Europas ein Reformprojekt attraktiv, Freiheit nicht nur als Privileg weniger, sondern als Möglichkeit für alle zu verwirklichen (Polanyi 1978: 339). Der auf den Trümmern von Krieg und Faschismus entstandene gesellschaftliche Konsens brachte tatsächlich erstmals in Ansätzen ein *gutes Leben für alle* – innerhalb bestimmter Räume, fortbestehender

Klassenunterschiede, mangelnder Sensibilität für Diversität und einem auf fossilen Energieträgern basierenden Wachstumsregime. In den vergangenen Jahrzehnten unterminierte der Neoliberalismus dieses territorial beschränkte Inklusionsmodell. Die Ähnlichkeit der Krisenursachen 1929 und 2008 legt die Vermutung nahe, dass wir erneut mit einem, diesmal tiefer gehenden Scheitern der liberalen Ideologie und des damit verbundenen Wertekanons von Egoismus und Konkurrenz konfrontiert sind (Novy 2014).

Fünftens sehe ich heute trotz zunehmender ökologischer Verwerfungen keine Endkrise des Kapitalismus, sehr wohl aber eine tiefe, vielleicht finale Erschöpfung des europäischen Kapitalismus. Immer breitere Bevölkerungsgruppen und Kapitalfraktionen spüren die **Schwierigkeit, vertraut gewordene Lebensformen beizubehalten** (Jaeggi 2014). Der *American*, der zunehmend zum *European Way of Life* geworden ist, ist nicht aufrechtzuerhalten. Der Abschied von einem nicht-nachhaltigen Lebensstil ist unausweichlich. Dieser kann jedoch entweder erlitten oder gestaltet werden. Gerade weil die Welt im grundlegenden Umbruch ist, sind wesentliche Handlungsmöglichkeiten vor Ort (Novy 2013b). Die vom WBGU vorgeschlagene Strategie setzt auf „**Pioniere des Wandels**“, die als gesellschaftliche Avantgarde Veränderung initiieren und Leitbilder sowie alternative Lebensentwürfe der Nachhaltigkeit entwickeln, wie beispielsweise das „gute Leben“ (WBGU 2011: 84), das nicht vornehmlich auf materiellem Reichtum beruhe. Für ein gutes Leben brauche es auch Anerkennung durch Andere und die Erfüllung ästhetischer und hedonistischer Genüsse (Novy 2014). Diese Avantgarde zu fördern ist wichtig. Doch bis heute hat sozialer und kultureller Fortschritt immer nur zu einem guten Leben für eine Minderheit geführt, in der Antike zum Beispiel für die freien Besitzbürger, während SklavInnen, Frauen und Fremde auf unterschiedliche Weise ausgegrenzt waren (Schmid 2013). Europa, dessen Wohlstand wesentlich auf exzessivem Ressourcenverbrauch beruht, hat eine historische Verantwortung, den Übergang zu einer postfossilen Gesellschaft, die allen ein gutes Leben ermöglicht, einzuleiten. Es ist im Eigeninteresse Europas, kompetitive Formen der Krisenbearbeitung durch kooperative und solidarische zu ersetzen, weil eine Verteilung knapper Ressourcen gemäß des Rechts des – militärisch oder wirtschaftlich – Stärkeren mittelfristig zulasten der europäischen Mittel- und Unterschicht gehen wird. Wie der Ukraine Konflikt zeigt, können Konflikte an der Peripherie überraschend schnell zentrale Bedeutung erlangen. Wie Südeuropa zeigt, kann der Lebensstandard *by desaster* in wenigen Jahren drastisch sinken.

Literaturverzeichnis

- Altvater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Arrighi, Giovanni (2005a): Hegemony unravelling - 1. In: *New Left Review* 32, 23-80.
- Arrighi, Giovanni (2005b): Hegemony unravelling - 2. In: *New Left Review* 33, 83-116.
- Arrighi, Giovanni (2008): Adam Smith in Beijing - Lineages of the Twenty-First Century. London: Verso, 1. Aufl.
- Becker, Joachim (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg Metropolis.
- Böll-Stiftung, Heinrich (Hg., 2009): Multiple Krise. Vol. 27. München: oekom Politische Ökologie.
- Brand, Ulrich (2012): Green Economy and Green Capitalism: Some Theoretical Considerations. In: *Journal für Entwicklungspolitik* XXVIII (3), 118-137.
- Braudel, Fernand (1986): Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft. München: Kindler.
- Brie, Michael (Hg., 2014): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Chang, Ha-Joon (2002): Kicking away the ladder. Development strategy in historical perspective. London: Anthem.
- Cornia, Giovanni Andrea (2012): Inequality Trends and their Determinants - Latin America over 1990-2010. In: Working Paper (2012/09). <<http://www.wider.unu.edu/stc/repec/pdfs/wp2012/wp2012-009.pdf>>, 17.6.2012.
- Cowen, Mick P./Shenton, Bob W. (1996): Doctrines of Development. London: Routledge.
- Duczynska Polanyi, Ilona (2000): I First Met Karl Polanyi in 1920. In: McRobbie, Kenneth/Polanyi Levitt, Kari (Hg.): Karl Polanyi in Vienna: The Contemporary Significance of The Great Transformation. Montreal: Black Rose Books, 302-315.
- EAPN (2014): EAPN Input to the Mid-Term Review of the Europe 2020 Strategy. In: Position Paper, Network, Europea Anti-Poverty (Hg.). Brussels.
- EC (2014): Taking stock of the Europe 2020 strategy for smart, sustainable and inclusive growth. In: COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS, Commission, European (Hg.). Brussels: EC.

- FAO, Food and Agriculture Organisation - (2014): The State of Food Insecurity in the World. Strengthening the enabling environment for food security and nutrition. FAO (Hg.). Rome: FAO.
- Ferguson, Niall (2003): Hegemony or Empire? In: Foreign Affairs (Sept./Oct.).
- Harvey, David (2000): Spaces of Hope. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Harvey, David (2005): A Brief History of Neoliberalism. Oxford: Oxford University Press.
- Hayek, Friedrich August (1944): The Road to Serfdom. Routledge Classics. Abingdon: Routledge. Nachdruck, 2001.
- Hayek, Friedrich August (1978): The Constitution of Liberty. Chicago: University of Chicago Press.
- Hodgson, Geoffrey (1999): Economics and Utopia. London: Routledge.
- Jaeggi, Rahel (2014): Kritik von Lebensformen. Berlin: Suhrkamp.
- Judt, Tony (2010): Ill fares the land. London: Penguin Group.
- Kentikelenis, Alexander /Karanikolos, Marina /Reeves, Aaron /McKee, Martin /Stuckler, David (2014): Greece's health crisis: from austerity to denialism. In: Lancet (383), 748–753.
- Keynes, John Maynard (1964): The General Theory of Employment, Interest, and Money. San Diego: Harcourt.
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2011): Europäische Wirtschaftsregierung - eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel (1), 61-81.
- Marx, Karl (1984): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. MEW 25. Berlin: Dietz.
- Myrdal, Gunnar (2008): Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen (1957). In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hg.): Klassiker der Entwicklungstheorie. Vol. 11. Wien: Mandelbaum, 72-89.
- Novy, Andreas (2007): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderungen in der Einen Welt. GEP. Frankfurt/Wien: Brandes&Apsel/Südwind, 4. Aufl.
- Novy, Andreas (2013a): Ein gutes Leben für alle - ein europäisches Entwicklungsmodell. In: Journal für Entwicklungspolitik XXIX (3), 77-104.
- Novy, Andreas (2013b): Quo Vadis, Europa? Von der Peripherie lernen. In: Journal für Entwicklungspolitik XXXIX (3), 4-8.
- Novy, Andreas (2014): Die Große Transformation gestalten - Implikationen für Europa. In: Kurswechsel (2), 31-41.
- OECD (2011): Divided we stand: Why inequality keeps rising. Paris: OECD.
- Piketty, Thomas (2014): Capital in the Twenty-First Century. Cambridge: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Pochmann, Márcio (2012): Nova Classe Média? o trabalho na base da piramide social brasileira. São Paulo: Boitempo.

- Polanyi, Karl (1977): *The Livelihood of Man*. New York: Academic Press.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation*. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt: Suhrkamp.
- Polanyi Levitt, Kari (2000): *The Great Transformation from the 1920s to the 1990s*. In: McRobbie, Kenneth/Polanyi Levitt, Kari (Hg.): *Karl Polanyi in Vienna: The Contemporary Significance of the Great Transformation*. Montreal: Black Rose Books, 3-11.
- reuters/semper (2015): *Rekordjahr für VW: 2014 erstmals über zehn Millionen Autos verkauft*. In: *Format*.
- Roosevelt, Franklin D. (1937): *Second Inaugural Speech*. <http://en.wikisource.org/wiki/Franklin_Roosevelt%27s_Second_Inaugural_Address>.
- Rosa, Hartmut (2009): *Kapitalismus als Dynamisierungsspirale - Soziologie als Gesellschaftskritik*. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hg.): *Soziologie - Kapitalismus - Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt: Suhrkamp, 87-125.
- Said, Edward W. (2003): *Orientalism*. London: Penguin Books.
- Schmid, Elisabeth (2013): *Theorien zum guten Leben*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* XXIX (3), 55-76.
- Schulmeister, Stephan (2014): *Von Roosevelt Lernen: Sein „New Deal“ und die große Krise Europas*. In: *Kurswechsel* (2), 19-30.
- Schumpeter, Joseph (1947): *Capitalism, Socialism, and Democracy*. New York and London: Harper & Brothers Publishers.
- Schwarz, Valentin (2014): *Als Österreich Griechenland war*. In: *Grüne Werkstattsschriften* (6). <http://www.gbw.at/fileadmin/user_upload/gbw_allgemein/6_PDFs/Werkstattsschrift06.pdf>.
- Smith, Adam (2003): *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 10. Aufl.
- Sommer, Bernd (2013): *Entkopplung: Sind stetiges Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Entwicklung vereinbar?* In: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hg.): *Wege aus der Wachstumsgesellschaft*. Frankfurt: Fischer, 12-34.
- Sweezy, Paul M. (1959): *Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie*. Köln: Bund-Verlag.
- UNDP (2013): *The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World*. Human Development Report. New York: UNDP.
- UNDP (2014): *Sustaining Human Progress: Reducing Vulnerabilities and Building Resilience*. In: *Human Development Report, UNDP* (Hg.). Washington: UNDP.
- Wallerstein, Immanuel (1983): *Historical capitalism*. London: Verso.

- WBGU (2011): Hauptgutachten. Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (Hg.).
- Welzer, Harald (2013): Selbst Denken. Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt: Fischer.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): The Spirit Level - Why equality is better for everyone. London: Penguin Books.
- Winiwarter, Verena/Bork, Hans-Rudolf (2014): Geschichte unserer Umwelt. Sechzig Reisen durch die Zeit. Darmstadt: WBG.

Multilevel Governance and Development
Wirtschaftsuniversität Wien
Institutsvorstand : ao.Univ.Prof. Dr. Gunther Maier
Welthandelsplatz 1
A-1020 Wien, Austria
Tel.: +43-1-31336/4777 Fax: +43-1-31336/705 E-Mail: mlgd@wu.ac.at
<http://www.wu.ac.at/mlgd>